

Front gegen Genmais

Naturschützer, Bauern und Grüne fordern Anbau-Stopp

Von Christian Sobald

München - „In Bayern darf die Agrar-Gentechnik keine Chance haben“, lautet die Forderung des „Bündnisses Bayern für gentechnikfreie Natur und Landwirtschaft“. Deshalb hat der Zusammenschluss aus Umweltverbänden, Verbraucherinitiativen, Organisationen von Biobauern und den beiden großen Kirchen die CSU aufgefordert, sich für schärfere Reglementierungen der Agrar-Gentechnik und für den Stopp des Erprobungsanbaus auf den Staatsgütern einzusetzen. Am Freitag übergaben Vertreter des Bündnisses der CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer eine Resolution, die 33 000 Bauern, Umweltschützer und Verbraucher unterzeichnet haben.

Wie in den anderen alten Bundesländern wurde in Bayern bisher kaum Genmais gepflanzt. Zuletzt betrug die Anbaufläche etwa fünf Hektar. Nun schnellte die Zahl der Anmeldungen abrupt hoch. Derzeit soll auf 123 Hektar Ackerland Mon 810 ausgebracht werden. Die Genmais-Sorte des US-Agrarkonzerns Monsanto ist gegen einen Schädling resistent und soll höhere Erträge bringen. Schwerpunkt ist mit mehr als 110 Hektar Ackerland das unterfränkische Kitzingen. Dies hat den Kritikern zufolge mit dem Genmais-Anbau auf dem Staatsgut Schwarzenau zu tun. „Es ist ein verheerendes Signal an die Bauern, dass der Freistaat dort seit zehn Jahren experimentiert, ohne sich um Proteste zu kümmern“, sagte Andreas Bauer vom Münchner Umweltinstitut. Zugleich übt das Bündnis massive Kritik am neuen Gentechnik-Gesetz der Bundesregierung. „Es bietet keinen ausreichenden Schutz für konventionelle wie für Bio-Bauern“, sagte Arthur Stein, der Chef der Landesvereinigung für ökologischen Landbau.

Imker wollen abwandern

Aber nicht nur die Bauern befürchten die Kontamination ihrer Felder. Die Imker sehen sich als die ersten Opfer. „Von unseren 160 Imkern haben 80 ihre Bienenvölker im Bereich der angemeldeten Genmais-Felder“, sagte Peter Maske vom Kitzinger Imkerverband. „Wird hier Mon 810 ausgebracht, dann wird ihr Honig verunreinigt.“ Maske rät seinen Imkern, die Anbauregion zu verlassen.

Auch die Landtags-Grünen haben eine Initiative gegen die Agrar-Gentechnik gestartet. „Saatgut soll als gentechnisch verändert gelten, wenn es 0,1 Prozent Genorganismen enthält“, sagte die Abgeordnete Ruth Paulig. Außerdem wollen sie eine Bestimmung in das Naturschutzgesetz aufnehmen, dass sich gentechnisch manipulierte Organismen nicht in Naturschutzgebieten ausbreiten dürfen. „In Österreich“, so Paulig, „wurde so der Gentechnikanbau gestoppt.“

Aus der Süddeutschen Zeitung vom Samstag/Sonntag, 2./3. Februar 2008